TOP

Ausschuss für Stadtentwicklung	17.02.2016

öffentlich

Vorlage Nr.	087/2016-7
Stand	20.01.2016

Betreff Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2016 betr. Mobilstation Roisdorf

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung,

1. die Schaffung einer Mobilstation bei der Gesamtgestaltung des Roisdorfer Bahnhofsgeländes und des Umfeldes zu berücksichtigen und im Rahmen des Bebauungsplanverfahren Ro 21 unter der Voraussetzung zu prüfen, dass die Stadt Bornheim ein Grundstück für eine P+R-Anlage erwerben kann.
2. die Anregungen des Antrags bei der Prüfung zu berücksichtigen.

Sachverhalt

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Verwaltung zu prüfen, wie:

- eine Planung für eine Mobilstation am Bahnhof Roisdorf erstellt werden kann,
- die Eigentümer und Akteure in dem Bereich sowie die Bürger beteiligt werden können,
- der zeitliche Ablauf ist, und
- wie die Planung finanziert werden kann.

Die Verwaltung soll zudem beauftragt werden, keine Flächen rund um den Roisdorfer Bahnhof bereits einer Nutzung zuzuführen, bevor das Konzept der Mobilstation durch die entsprechenden Ausschüsse beschlossen ist.

Die Stadt Bornheim hat bisher keine Flächen für die Herstellung eines Park und Ride-Platzes im Plangebiet des Bebauungsplans Ro 21. Kaufverhandlungen hierfür müssen noch stattfinden und sollten erst abgewartet werden bevor mit der Prüfung zur Planung, Bürgerbeteiligung, Finanzierung und Umsetzung einer Mobilstation begonnen wird. Denn die P+R-Flächen sind ein notwendiger Teil einer Mobilstation. Grundsätzlich kann die Schaffung einer Mobilstation nach einem Flächenerwerb im Rahmen des Bebauungsplanverfahren Ro 21 (Gesamtkonzept für den Bahnhof Roisdorf um seine Umgebung) geprüft werden.

Um den Planungsprozess zu beginnen, sollte zunächst das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Ro 21 eingeleitet werden (s. Vorlage 097/2016-7).

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag